

Herbst '89 und die Zeit danach – erlebt an der Medizinischen Akademie Dresden

Dieser Herbst verursachte eine Zäsur im Leben vieler Kollegen.

Nach friedlicher Revolution und Grenzöffnung war bei Vielen ein Aufatmen und eine Aufbruchstimmung zu bemerken. Doch die Uhr einfach auf Null zurückzudrehen und ohne Veränderungen den Neustart zu wagen, schien uns unmöglich. Denn auch in unserer scheinbar so beschaulichen Medizinischen Akademie hatten politische Repressalien und Infiltration durch die Staatssicherheit besonders in den 80er-Jahren erheblich zugenommen.

In der Jubiläumsschrift zum 25-jährigen Bestehen der Medizinischen Akademie 1979 (Academie Jubilans) war noch zu lesen: „Außenpolitische Aktivitäten und Beziehungen zu anderen Staaten der Welt entspringen letztlich den notwendigen Bedingungen für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ (S.147). Für die sogenannten außenpolitischen Aktivitäten stand jedoch lediglich das sozialistische Ausland zur Disposition. Auch der Artikel zur Entwicklung des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs in selbiger Schrift ist lesenswert für das Verständnis unserer damaligen Situation. Auf Seite 135 heißt es: „Die schöpferische Aneignung des Marxismus-Leninismus schließt die Verbindung unserer Weltanschauung mit den Problemen des Medizinstudiums ein.“ Diese Polemik stellte ganz



Besetzung der MfS-Bezirksverwaltung Dresden am 5. Dezember 1989 © Rico Pohl

gewiss nicht das mehrheitliche Empfinden dar. Davon wollten wir uns so schnell wie möglich befreien.

Es brauchte eine neue Architektur für eine demokratische Hochschule. Die Anfänge der Umgestaltung waren zunächst noch etwas zögerlich und wenig strukturiert.

Im Frühjahr 1990 wurde das Institut für Gesellschaftswissenschaften aufgelöst. Damit entfielen die bei den Nicht-Genossen so beliebten monatlichen Pflicht-„Fortbildungen“ auf diesem Gebiet.

Da in den Leitungsgremien jedoch noch weitgehend nur von Parteigenossen Entscheidungen von weitreichender Bedeutung getroffen wurden, formierten sich unbelastete Hochschullehrer und Kollegen aus dem Mittelbau im März 1990 zum Akademischen Beirat. Schon bald nach dessen Gründung wurde der Senat aufgelöst. Der Akademische Beirat übernahm dann bis zur Wahl von Konsil und Senat Ende 1990

eine notwendige Kontroll- und Beratungsfunktion bei wichtigen Entscheidungen und Berufungsfragen, denn diese trugen bis dahin häufig den Stempel von Partei oder Staatssicherheit. Auf Empfehlung des Akademischen Beirates in Zusammenarbeit mit dem Personalrat wurde zunächst in einzelnen Kliniken und Instituten von Direktoren, Verwaltungs- und Abteilungsleitern die Vertrauensfrage gestellt. Nicht alle erhielten das Vertrauen ihrer Mitarbeiter, was jedoch nicht in jedem Falle zu den erwarteten Konsequenzen führte.

Die weitere fachliche und politische Evaluierung sollte über Personalkommissionen erfolgen. Der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst berief dafür geeignete Mitarbeiter in diese Kommissionen – gegliedert in operative, konservative und theoretische Bereiche. Allen Mitarbeitern wurden dafür sogenannte „Erklä-



19. Dezember 1989: Helmut Kohl spricht vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden zur deutschen Wiedervereinigung
© Bundesarchiv, Bild 183-1989-1219-034, Foto: Rainer Mittelstädt

rungsbögen“ mit Fragen nach der beruflichen und politischen Biografie sowie Zugehörigkeit zum Ministerium für Staatssicherheit als offizieller oder inoffizieller Mitarbeiter ausgehändigt. Nach Durchsicht der Unterlagen gab es nur bei einem Teil der Mitarbeiter zusätzlichen Klärungsbedarf. Diese Mitarbeiter wurden zu einer Anhörung vor der Kommission gebeten, die dann noch durch einen Vertreter der Öffentlichkeit und einen Ministerialbeamten ergänzt wurde. Der Geladene konnte zu diesem Gespräch mit einer Person seines Vertrauens erscheinen. Dem Ministerium wurde nach geheimer Abstimmung eine Empfehlung bezüglich Weiterbeschäftigung gegeben. Die Entscheidung traf in jedem Fall der Minister.

Anhörungen waren aber auch in solchen Fällen erforderlich, wo eine Akte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) mit Verpflichtungserklärung zur inoffiziellen Mitarbeit überstellt wurde. Manche hatten vielleicht gehofft, ihre Akte sei

unauffindbar und deshalb geschwiegen. Aber in manchen Fällen hatte offenbar ein unglaublicher Verdrängungsprozess dieses dunklen Vergangenheitsteils stattgefunden. Dabei bedeutete Verpflichtungserklärung durchaus nicht gleich Verpflichtungserklärung.

Ein Teil tat es sicher aus purer Überzeugung, durch Erziehung im Elternhaus und vielleicht auch Schule, dass dieser Staat mit allen Mitteln geschützt werden musste.

Ein zweiter Teil erhoffte sich vielleicht bessere Karrierechancen.

In diesen Fällen wurde bereitwillig und reichlich über Kollegen, Freunde, Familie und Nachbarn berichtet, was zur Ablehnung geplanter Reisen oder Beförderung führen konnte.

Und ein dritter Teil rutschte durch eine kompromittierende Situation in eine Zwangslage, aus der es scheinbar nur diesen Ausweg gab. Besonders Jugendliche und Unerfahrene wurden unter Androhung von Exmatrikulation oder anderen Repressalien unter Druck gesetzt und so zum

Opfer. Manche versuchten durch stille Verweigerung oder Meldung von Banalitäten sich dem Zugriff weitestgehend zu entziehen. Normalerweise konnte eine Verpflichtungserklärung nicht widerrufen werden, sie galt lebenslang. Nur in einigen wenigen Fällen solch stiller Verweigerung akzeptierte der Führungsoffizier die Sinnlosigkeit und beendete die Zusammenarbeit von sich aus. Entscheidungen in solchen Fällen waren sicher nicht einfach, denn hinter jeder Entscheidung stand ein Schicksal.

Insgesamt kann man jedoch sagen, dass die meisten Entscheidungen von den Mitarbeitern akzeptiert und mitgetragen wurden. Die Personalkommission der Medizinischen Akademie Dresden hat sich bemüht, mit Sachverstand und Einfühlungsvermögen ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit zu leisten.